

20.12.89

Antrag

der Freien und Hansestadt Hamburg

Entschließung des Bundesrates zur Deutschlandpolitik

SENATOR
HORST GOBRECHT
BEVOLLMÄCHTIGTER
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
BEIM BUND

Bonn, den 20. Dezember 1989

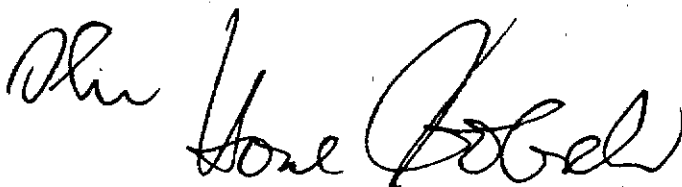
An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Walter Momper

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat beschlossen, dem Bundesrat den in der Anlage beigefügten Antrag für eine
Entschließung des Bundesrates zur Deutschlandpolitik
zuzuleiten.

Ich bitte Sie, den Antrag nach § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 21. Dezember 1989 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Anlage

Entschließung des Bundesrates zur Deutschlandpolitik

I.

Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR hat zu einer gesicherten demokratischen Entwicklung geführt, die unsere volle Unterstützung verdient.

Der Bundesrat begrüßt die hierzu im Deutschen Bundestag und von der Bundesregierung sowie den Ländern bereits ergriffenen ersten Initiativen.

Die Konstituierung demokratischer Parteien und die gesetzliche Vorgabe allgemeiner, freier, gleicher und geheimer Wahlen sind notwendige Vertrauensgrundlagen für eine gemeinsame große Anstrengung beider deutscher Staaten und ihrer Volkswirtschaften mit dem Ziel, die Folgen der 40-jährigen Abgrenzung zu überwinden. Mit dieser Entwicklung wird die Perspektive der deutschen Einheit eröffnet. Gerade hier ist Behutsamkeit gefordert. Deutschland ist eine Nation. Was zusammengehört, wird zusammenwachsen. Aber es muß zusammenwachsen, nicht zusammenwuchern.

Die Reisefreiheit von Ost nach West und vom 23. Dezember 1989 an auch von West nach Ost ohne Mindestumtausch und Visapflicht ist ein Ereignis, das zur politischen Normalität und Stabilität in Deutschland weiter entscheidend beitragen wird. Dazu gehören freie politische Parteien, freie Verbände, das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Unabhängigkeit der Kirchen.

Das Wohlstandsgefälle zwischen beiden deutschen Staaten muß schnell und in einer Weise verringert werden, die es für die Deutschen in der DDR bei Abwägung aller Umstände lohnend macht, weiter in ihrer Heimat zu leben und am Aufbau der Wirtschaft ihres Landes mitzuwirken.

Eine nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse in der DDR sollte Vorrang haben vor Anreizen für Übersiedler. Dazu bedarf es nicht nur staatlicher Programme, sondern vor allem auch eines vollen Engagements der Wirtschaft einschließlich der Nutzung der Ressourcen der DDR, jedoch ohne deren Ausverkauf.

II.

Der Bundesrat bittet daher die Bundesregierung, den beschlossenen Sofortmaßnahmen ein mit der DDR abgestimmtes Hilfsprogramm großzügiger Dimension folgen zu lassen, mit dem ein dauerhaft wirkender Anstoß zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der DDR gegeben wird. Diese Hilfen werden ohne Vorbedingungen gewährt.

Dazu gehören insbesondere:

- Maßnahmen mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für eine schrittweise Einführung der Konvertibilität der Mark der DDR zu schaffen;
- die Einrichtung eines Wirtschaftsentwicklungsfonds, der marktorientiert wirtschaftenden DDR-Unternehmen langfristige, zinsgünstige und großzügige Kredite in konvertibler Währung zur Verfügung stellt;
- Hilfen zum Ausbau und zur Anhebung des Niveaus der sozialen Sicherung in der DDR;
- die weitere Liberalisierung des innerdeutschen Handels; dazu gehört eine deutliche Reduzierung der Cocom-Liste;

- die Förderung von Direktinvestitionen; dazu sollen u.a. Investitionsschutzabkommen und Bürgschaften beitragen;
- die massive Förderung von Umweltschutzprojekten, insbesondere auch zum Gewässerschutz und zur umweltschonenden Energieerzeugung und -versorgung; dabei ist zur Finanzierung der Gewässerschutzmaßnahmen in der DDR ein aus einem Teil des Aufkommens der Abwasserabgabe und aus Bundesmitteln in entsprechender Höhe zu speisender Fonds zu bilden;
- der Ausbau des Ost-West-Verkehrs auf der Grundlage eines alle Verkehrsreiche umfassenden Konzepts. Zu nennen sind insbesondere die Projekte der Schnellbahnverbindungen Berlin-Hannover und Berlin-Hamburg, der Abschluß einer Vertragsgemeinschaft zwischen der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Bundesbahn, der Abschluß eines deutsch-deutschen Luftfahrtabkommens, die Wiederherstellung der Elbe als europäischer Schifffahrtsweg;
- die Bildung zweckgebundener, gemeinnütziger Stiftungen und Körperschaften in der DDR mit der Zielsetzung des Denkmal- und Umweltschutzes; Zuwendungen für diese Stiftungen sollen in der Bundesrepublik Deutschland steuerlich anerkannt werden;
- Entsendung von Experten aus allen Fachgebieten in die DDR zur beratenden Hilfe; diese sollen vor allem dadurch gewonnen werden, daß älteren Fachkräften die Möglichkeit geboten wird, unter Auflösung ihres Beschäftigungsverhältnisses in der Bundesrepublik Deutschland in die DDR zu wechseln, um dort beratend tätig zu werden, zugleich soll ihnen diese Zeit aber auf ihre Altersversorgung in der Bundesrepublik Deutschland angerechnet werden;
- sofortiger Aufbau einer leistungsfähigen Kommunikations- und Informationsstruktur einschließlich der Einspeisung der Fernsehprogramme aus der DDR in sämtliche Breitbandverteilnetze der Bundesrepublik Deutschland; vorrangig die sofortige Herstellung der technischen Voraussetzungen für den Empfang der Programme von ARD und ZDF im Raum Dresden.

Im übrigen bittet der Bundesrat die Bundesregierung, darauf hinzuwirken, daß auch die Lösung deutsch-deutscher Probleme in einen gesamteuropäischen Kontext eingebettet wird. Der Bundesrat begrüßt in diesem Zusammenhang die vom Europäischen Rat in Straßburg gebilligte Schaffung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, deren Aufgabe es u.a. sein soll, die erforderlichen strukturellen Anpassungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu beschleunigen.

III.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, mit der DDR die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission und von Regionalausschüssen zur Bewältigung der Probleme in den Grenzregionen und der Region Berlin ohne Beschränkung auf die Zonenrandgebiete zu vereinbaren.

IV.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Länder und insbesondere Berlin bei der Bewältigung der durch die Grenzöffnung und den Aus- und Übersiedlerstrom entstehenden Probleme, tatkräftig zu unterstützen. Er bittet die Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, daß Übersiedler die Leistungen des Sozialsystems in vertretbarer Weise in Anspruch nehmen können.

V.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, an der Entwicklung der Vertragsgemeinschaft mit der DDR die Länder umfassend ihren verfassungsmäßigen Rechten entsprechend zu beteiligen. Hierzu soll eine Bund-Länder-Kommission berufen werden. Bei der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung kommt der Ebene der 16 Deutschen Länder in beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung zu.

VI.

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, praktische Regelungen der Rechts- und Amtshilfe mit der DDR zu vereinbaren.

VII.

Der Bundesrat stellt die Bereitschaft aller Länder fest, beim Aufbau der Wirtschaft der DDR, bei der Entwicklung der Vertragsgemeinschaft und bei weiteren Schritten mitzuwirken. Zur Erreichung dieser Ziele fördern die Länder Städtepartnerschaften oder begründen eigene Partnerschaften mit den Bezirken.

In Anbetracht der veränderten Sicherheitslage lehnt der Bundesrat jede Modernisierung vorhandener und Stationierung neuer atomarer Kurzstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland ab. Stattdessen sind die Rüstungsausgaben drastisch zu reduzieren.

Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Die Unverletzlichkeit der Grenzen Polens ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa. Wer von der Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1937 redet, der blockiert die Einheit Europas und die Einheit Deutschlands.

Die Frage der Nation ist im Grundlagenvertrag verankert. Mit dem Brief zur deutschen Einheit sind Anspruch und Hoffnung gewährt, "auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt".

Wer den Prozeß der deutschen Einigung voranbringen will, muß die Interessen der Großmächte und der europäischen Nachbarn berücksichtigen. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde der Helsinki-Prozeß durchgesetzt. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird eine europäische Friedensordnung schaffen, in die auch das Zusammenleben der Deutschen eingebunden ist.